Bütower Anzeiger.

Der „Bütower Anzeiger“ erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.

Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu diesem Preise incl. Postaufschlag Bestellungen an.

Der Insertionspreis beträgt pro einspaltige Zeile 10 Pf., Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag Mittag erbeten. Alle Anzeigen-Bureaux nehmen Inserate für dieses Blatt an. Einrückungsaufträge an alle auswärtigen Blätter werden ohne Preisaufschlag vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: F. Gloede in Bütow. Verlag und Redaktion von F. Gloede in Bütow.

Nr. 71. Freitag, den 2. September 1892.

Sedan.

Im Buch der Weltgeschichte ein Blatt,
Ein glorreiches, ist zu finden,
Drauf deutscher Ruhm sich verewigt hat
Mit Lettern, die nimmer verschwinden,
Die deutsche Treue und deutscher Mut
Gemalt mit dem eig'nen Herzensblut,
Da standhaft ohne Erlahmen
Sie trotzte der furchtbaren Kampfeswut — —
Sedan ist des Blattes Namen!

Sedan — zwei Völker rangen sich matt,
Kriegsruhm begehrte das eine,
Der Neid, er spähte nimmersatt
Hinüber zum urdeutschen Rheine,
Stolz blähete sich der welsche Hahn
Kampflustig, wie er's so oft gethan,
Gelüstend nach deutschen Hieben —
All-Deutschland, du bist ihm bei Sedan
Keinen einzigen schuldig geblieben!

In nerviger Faust den schneidigen Stahl
Zum Sturm die Klingen gebunden,
So ging es vorwärts und noch einmal,
Wer achtete da seiner Wunden?!
Der frevelnd den blutigen Krieg begann,
Hinterm Festungswall, ein gebrochener Mann,
Kämpft er um den Thron und sein Leben,
Und die deutsche Phalanx rückt näher heran,
Nun sterben oder ergeben!

Und als die Sonne zum andern Mal
Erstrahlt' ob der Kampfesstätte,
Ertönte laut der Siegeschoral
Mit Jubel und Dank um die Wette:
Ein Gefang'ner, ohne Land, ohne Thron,
Der Welsche stand vor Luisens Sohn,
Um Gnade und Leben zu bitten . . .
Da zahlte das Schicksal Deutschland den Lohn
Für die Schmach, die es einst erlitten! —

Jahrzehnte gingen seit jenem Tag,
Vernarbt sind die alten Wunden,
Wie nie ein Wunsch erträumt haben mag,
Hat Deutschland sein Recht gefunden,
Es blüht das Reich, gefestet, gefeit,
Zum Trotz des Westens und Ostens Neid
In kraftvollem Wiedererstarken,
Ist doch das Volk, das ganze, bereit
Zum Schutz seiner heimischen Marken!

So sei dieser Tag der Erinn'rung geweiht,
Der Dankbarkeit Opfer zu bringen,
Für sie, die zum Heldentode bereit,
Dass das blutige Werk mocht' gelingen:
Die Zukunft, das schreib' auf dein stolzes Panier,
Es gehört, mein Volk, die Zukunft dir,
Wenn du fest zusammen wirst halten
In deutscher Treue für und für —
Das möge der Himmel walten!!

Zur Heeresfrage.

Nachträglich bringt der ‚Hann. Cour.‘ in einer Berliner Korrespondenz eine neue Version zu der Ansprache des Kaisers vom 18. August.

Der eigentliche Grund — so führt die Zeitschrift aus — warum seit dem 18. August das, was werden sollte, jeden Tag anders dargestellt wurde, sei wesentlich darin zu suchen, daß während des in Frage stehenden Zeitraumes in den oberen Regionen thatsächlich mancherlei Kritisches vorgegangen wäre, wovon selbst verschiedene preuß. Minister keine Ahnung gehabt hätten, um so weniger aber auch in der Lage gewesen wären, denen, von denen sie getragt wurden, zu sagen, wie die Sachen ständen. „Schon aus dem „Hofbericht“, sagte mit Recht die ‚Kreuzztg.‘, war seit dem 18. v. ein ungemein reger Verkehr der „berufenen Faktoren“ an der „entscheidenden Stelle“ unschwer zu beobachten. Wenn aber die ‚Nordd. Allg. Ztg.‘ in der Lage war, zu bestätigen, daß der dem im Kriegsministerium ausgearbeitete Entwurf einer Militärvorlage nach übereinstimmender zustimmender Begutachtung aller hierzu berufenen Faktoren die Genehmigung der entscheidenden Stelle erhalten habe, so ist damit für den, der lesen kann, klar genug angedeutet, daß der Uebereinstimmung etwas vorausgegangen sei, was ein wenig anders war. Es steht auch heute noch nicht fest, ob die Militärvorlage bereits in diesem oder erst im nächsten Jahre an den Reichstag gelangt. Damit ist doch, wenn auch noch so indirekt, zugegeben, daß vom Standpunkte der auswärtigen Politik die Einbringung des Gesetzes nicht dringlich erscheint. Wenn die Einbringung gleichwohl in Kürze beschlossen werden und demnächst erfolgen sollte, so wird dies einmal aus militär-technischen, demnächst aber aus parteitaktischen Gründen geschehen. Auch in dieser Beziehung gehen die Meinungen in den höheren Regionen einstweilen nicht ganz wenig auseinander. Insbesondere aber wünscht Herr Miquel, daß ihm das Feld im nächsten Winter in erster Linie überlassen bleibe, während anderseits der Reichskanzler Graf Caprivi, als der zur Zeit gewichtigste Faktor auf der Seite derer erscheint, die die Militärvorlage jetzt so schnell wie möglich an den Reichstag gebracht sehen möchten. Gilt es also zunächst noch eine Krise zu beschwören, bevor von einer Einbringung des Gesetzes im Reichstage bestimmt die Rede sein kann, so sind damit weitere Krisen nicht etwa zu gleicher Zeit aus der Welt geschafft. Denn darüber darf man sich von vornherein nicht täuschen, daß, wenn jemals eine Vorlage den hippokratischen Zug des jetzigen neuen Kurses aufzuweisen hatte, dies nach allem, was bis jetzt darüber zu wissen möglich ist, von der demnächstigen Militärvorlage wird behauptet werden können. Das Bestreben, es womöglich allen zu gleicher Zeit recht zu machen, sowohl den Anhängern der zweijährigen wie denen der dreijährigen Dienstzeit, gründet sich, worüber niemand im Zweifel sein kann und auch in Wirklichkeit nicht ist, im vorliegenden Falle selbstverständlich auf den Wunsch, nicht sowohl dem eigenen Trieb, als vielmehr der Not gehorchend, etwas zur Vorlage zu bringen, was in erster Linie für das Zentrum annehmbar ist. Doch trifft auch auf diesem schwierigen Operationsfeld leicht zu, was auf minder kritischen oder auch noch kritischeren sich oft genug als richtig herausgestellt hat, daß, wer dem Konflikte um jeden Preis aus dem Wege zu gehen strebt, erst recht hineingerät.“

Von militärischer Seite wird demselben Blatt noch geschrieben:

Was den Inhalt der Vorlage anbelangt, so besteht ebenso wenig darüber ein Zweifel, daß eine Erhöhung des Rekrutenkontingents gefordert werden wird, und zwar unter nomineller Beibehaltung der dreijährigen Dienstdauer für einen Teil des Rekrutenkontingents, dabei aber praktischer Anwendung der zweijährigen Dienstzeit zur Entlassung einer bedeutend größeren Anzahl von Leuten zur Disposition. Man behält das Recht, Leute drei Jahre unter den Fahnen zu belassen, die Entlassung nach zwei Jahren bleibt eine Bevorzugung, die durch einen besonderen Grad guter Ausbildung und vorzügliche Führung verdient sein will, sie wird nicht ein Recht, das dem schlecht ausgebildeten Mann ebenso gut zusteht, wie dem vorzüglich geschulten, sie bleibt ein mächtiger Sporn. Das Recht erlaubt nötigenfalls der Regierung, zum bisherigen System zurückzukehren, wenn sich aus der stärkeren Entlassung zur Disposition eine Herabsetzung der Qualität ergeben sollte, die unter jeder Bedingung ausgeschlossen bleiben muß, die Maßnahme erlaubt schließlich das Ziel erhöhter Einstellungen zu erreichen, allerdings nicht in dem Maße wie die zweijährige Dienstzeit für alle Fußtruppen. Daß wir Waffenmaterial genug für die erhöhte Einstellung besitzen, das beweist ein Blick in den offiziellen Bericht an den Bundesrat über die Rekrutierung des Jahres 1891, wonach eingestellt wurden

165 198	Mann mit der Waffe,	
3 609	„ ohne	„
13 069	Freiwillige im militärpflichtigen Alter,	
12 914	Freiwillige vor dem militärpflichtigen Alter	
Sa. 194 781	Mann.	

Der Ersatzreserve überwiesen wurden (einschließlich Marine) 88 194, überzählig blieben 15 664, dem Landsturm I überwiesen 109 116. Hier ist also ein Ueberschuß für die Mehreinstellung. Der Umfang dieser Mehreinstellung dürfte sich richten einerseits nach der bewilligten Friedenspräsenzstärke, die wohl höher gefordert werden dürfte, als die bisherige, anderseits nach der Ziffer der Dispositionsurlauber. Auch die Rücksicht auf die Kriegsstraft anderer Großstaaten — zweifellos ein wichtiger Faktor in dem Kalkül — dürfte, wenn die Zahl der zur Operationsarmee heranzuziehenden Altersklassen vermindert werden soll, dazu zwingen, die jährliche Einstellung zu erhöhen. Erst unter Heranziehung der Landwehr zweiten Aufgebots erreichen wir eine der französischen aus Heer, Reserve und Territorialarmee zusammengesetzten annähernd gleiche Zahl von geschulten Leuten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser kam Dienstag nach Berlin, begab sich zum Reichskanzler v. Caprivi und hatte mit demselben eine kurze Besprechung. Mittags 12 Uhr fand der feierliche Empfang des neuernannten italienischen Botschafters Grafen Lanza durch den Kaiser statt. Dem Empfang wohnte auch der Reichskanzler bei. Um ein Uhr kehrte der Kaiser nach dem Marmorpalais zurück.

* Die Hofjagden in der Romintener Heide sind nunmehr auf die zweite Oktoberwoche angesetzt. Der Kaiser wird am 7. Oktober auf seinem dortigen Jagdschloß eintreffen und in ihm für die ganze Dauer der Herbstjagden Quartier nehmen.

* Die anberaumte Abreise der jüngsten drei Söhne des Kaiserpaares nach Berlin ist, wie aus Kassel gemeldet wird, plötzlich telegraphisch abgeändert worden. Sie sollen bis auf weiteres in Wilhelmshöhe bleiben.

* Generalmajor Villaume, Militärbevollmächtigter in Petersburg, ist behufs anderer Verwendung abberufen worden.

* Die Mitteilung, daß die deutschen Handelskammern zur Aeußerung betreffs des deutsch-russischen Handelsvertrags von den Regierungen aufgefordert worden seien, sind, wenigstens was Preußen und Sachsen betrifft, unrichtig. Die von mehreren Handelskammern veranstalteten Umfragen geschehen vielmehr ebenso, wie die freier wirtschaftlicher Verbände ohne behördlichen Auftrag. Eine amtliche Befragung der Handelskammern soll erst erfolgen, wenn feststeht, daß die russische Regierung zu Zugeständnissen bereit ist, die dies lohnend erscheinen lassen. Hierüber herrscht bis heute noch keine Gewißheit und daher hütet sich wohl die Regierung, durch vorzeitige Befragung Hoffnungen zu erwecken.

* Die Reichsregierung ist mit Erhebungen und Prüfung der vorliegenden Anträge beschäftigt, die für eine durchgreifende gesetzliche Regelung des Apothekenwesens eingegangen sind. Es gilt als wahrscheinlich, daß das Ergebnis der Arbeiten in nicht zu ferner Zeit zu einer abschließenden Vorlage über das Apothekenwesen in Deutschland führen wird.

* Wie mit Sicherheit verlautet, sind Vorarbeiten betr. die Schaffung eines Gesetzes zur Abwehr ansteckender Krankheiten, entsprechend der bestehenden Gesetzgebung über Viehseuchen, angeordnet; es ist sehr wahrscheinlich, daß dieser Gegenstand den Reichstag schon in seiner nächsten Sitzung beschäftigen wird. Offenbar ist der Entschluß, einen solchen Gesetzentwurf einzubringen, durch die übeln Erfahrungen gezeitigt worden, welche man bei der gegenwärtigen Cholera-Epidemie in Hamburg gemacht hat.

* Der ‚Reichsanzeiger‘ schreibt: Bei der bevorstehenden Choleragefahr dürfte es zur wesentlichen Beruhigung dienen, daß seitens der Reichsregierung sowohl wie seitens des preuß. Kriegs-Ministeriums die weitgehendsten Maßnahmen durchgeführt sind. So ist auch Vorsorge dahin getroffen, daß die Zivilbehörden und Kommunen, soweit es irgend angängig ist, von den Militär-Sanitätsbehörden in personeller und materieller Hinsicht bei der Krankenbehandlung und bei Maßnahmen zur Vorbeugung der Cholera in thatkräftiger Weise unterstützt werden. Außerdem hat der Kriegsminister die General-Kommandos ermächtigt, daß die so wichtigen bakteriologischen Untersuchungen, zumal bei den ersten vorkommenden Fällen asiatischer Cholera, auf Antrag der Zivilbehörden in den chemisch-hygienischen Laboratorien der königl. Sanitätsämter vorgenommen werden, und daß auch diejenigen Sanitätsoffiziere, die bakteriologisch ausgebildet und mit den einschlägigen Untersuchungen vertraut sind, an die gefährdeten Orte zur Ausführung der fraglichen Untersuchungen auf Antrag der Zivilbehörden entsendet werden können. Glücklicherweise verfügt die Militärverwaltung über eine nicht unbedeutende Zahl bakteriologisch geschulter Sanitätsoffiziere. Denn seit dem Jahre 1884, als die Choleragefahr drohte, hat das Kriegsministerium alljährlich in besonderen Kursen, die meist unter der persönlichen Leitung des Geh. Rates Koch an den hygienischen Instituten der Universität zu Berlin abgehalten wurden, eine bestimmte Anzahl von Militärärzten für derartige Untersuchungen besonders ausbilden lassen. Dem sich in Hamburg in den Krankenhäusern fühlbar machenden Aerztemangel ist durch Kommandierung von Militärärzten abgeholfen. Auch ist es genehmigt, daß, soweit es irgend möglich ist, Militärärzte bei dringender Not, wenn sie abkömmlich sind, zur Aushilfe an den Zivil-Choleralazaretten herangezogen werden.

* Während sich die Cholera in Hamburg noch immer in beträchtlicher Ausdehnung hält, kommen einzelne Fälle, offenbar durch Einschleppung von Hamburg, auch in anderen Städten vor. In Berlin ist am Dienstag im Moabiter Krankenhause der erste Fall von asiatischer Cholera bei einem Arbeiter, der Berlin nie verlassen hat, festgestellt worden. Eine von Hamburg zugereiste Frau, bei der gleichfalls die Erkrankung an asiatischer Cholera festgestellt wurde, befindet sich auf dem Wege der Genesung.

* Der deutsche Katholikentag ist, wie bereits erwähnt, am Montag in Mainz zusammengetreten, nachdem die hessische Regierung, nach einigen Bedenken wegen der Choleragefahr, schließlich die Abhaltung erlaubt hatte. Der Ausschuß nahm eine Resolution Ballestrem betr. die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes, an; dieselbe ist mit den früheren Resolutionen gleichlautend. In der ersten öffentlichen Versammlung waren an 3000 Personen anwesend. Bischof Haffner sprach über die katholische Bewegung seit 1848 und bemerkte: „Wir wollen den Kulturkampf vergeben, aber nicht vergessen.“

Frankreich.

* Seit einigen Tagen ging die Nachricht durch die Pariser radikalen Blätter, der französische Botschafter in London, Herr Waddington, werde abberufen werden und das gleiche Schicksal stehe dem englischen Botschafter in Paris, Lord Dufferin, bevor, weil derselbe so „taktlos“ war, Kaiser Wilhelm in Cowes seine Huldigung darzubringen. Jetzt wird diese Meldung dementiert zur großen Entrüstung derer, die das Gerücht in Umlauf setzten, voran der „Intransigeant“, der versichert, der Botschafter, der in London der Tripel-Allianz in die Hände arbeitet, stehe „bei Hofe“ mehr als je in Gnaden.

* Die Abnahme der Geburten in Frankreich kreuzt bekanntlich alle Pläne des dortigen neuen Heeresgesetzes. Infolgedessen tauchen bereits Vorschläge auf, bei Heiratskandidaten mit einer einjährigen Dienstzeit verlieb zu nehmen, wenn dieselben in einer abgehaltenen militärischen Prüfung Beweise eines genügenden militärischen Ausbildungsgrades geben. Zugleich sollen die Heiratskandidaten die Verpflichtung übernehmen, innerhalb eines ihnen vorgeschriebenen Zeitraums auch wirklich zu heiraten, widrigenfalls sie nachdienen müssen.

Schweiz.

* Bei der Bundeskanzlei in Bern sind nunmehr 71 246 Unterschriften für das Initiativbegehren abgegeben worden, wonach in die Bundesverfassung die Bestimmung aufgenommen werden soll, daß das Schlachten von Tieren ohne Betäubung vor der Blutentziehung ausnahmslos untersagt ist. Die Bestimmung richtet sich gegen das Schächten der Juden, worüber nunmehr eine Volksabstimmung stattfinden muß.

* In der Dienstags-Sitzung der interparlamentarischen Friedenskonferenz wurde einstimmig folgender Antrag des deutschen Reichstagsabg. Baumbach angenommen: „Die Konferenz ersucht die Mitglieder, in den Parlamenten, denen sie angehören, zu beantragen, ihre Regierungen einzuladen, durch eine internationale Konferenz das völkerrechtliche Prinzip der Unverletzlichkeit des Privateigentums auf dem Meere in Kriegszeiten anzuerkennen.“ Von deutschen Reichstagsabgeordneten sind außer Baumbach noch anwesend: Barth, Buddeberg, Dittinger, Dohrn, Hirsch, Kercher, Mager, Pachnicke, Pflüger, Rickert, Schenk, Speiser, Witte.

Amerika.

* Aus Venezuela treffen von Tag zu Tag Nachrichten über die heillosen inneren Wirren des durch den Bürgerkrieg zerrütteten Landes ein, von denen die eine immer der andern widerspricht. Nur so viel scheint festzustehen, daß die Aufständischen unter Führung Crespos unaufhaltsam vordringen. Nach der letzten Meldung haben dieselben die Stadt Maracaibo ein-